

Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau

Inmitten der anhaltenden politischen und wirtschaftlichen Unruhen in der Republik Moldau soll das Europäische Parlament im Juli über den Vorschlag der Kommission für eine Makrofinanzhilfe für das Land abstimmen, mit der der unmittelbare Druck von den öffentlichen Finanzen der Republik Moldau genommen und die Wirtschaft stabilisiert werden soll.

Hintergrund

Mit ihren etwa 3,6 Millionen [Einwohnern](#) befindet sich die Republik Moldau – mit einem Pro-Kopf-BIP von 1 700 EUR das [ärmste Land](#) Europas – nach zwei Jahren anhaltender politischer und wirtschaftlicher Instabilität in einem heiklen Erholungsprozess. Das Land geriet 2014 in eine wirtschaftliche Rezession, als die bereits zu jenem Zeitpunkt kritische Wirtschaftslage der Republik Moldau durch den bislang größten [Bankenskandal](#) in der Geschichte des Landes und die anschließende Aussetzung der finanziellen Unterstützung durch die EU und den Internationalen Währungsfonds (IWF) weiter verschärft wurde. Darüber hinaus verstärkte sich die (geo-)politische Spaltung in dem Land, nachdem Igor Dodon, kremlfreundlicher Vorsitzender der oppositionellen Sozialistischen Partei, im November 2016 [zum Präsidenten gewählt](#) wurde. Die [Anstrengungen](#) Igor Dodons, die (nach der 1990 ausgerufenen [Unabhängigkeit](#) der kremlfreundlichen Enklave Transnistrien angespannten) Beziehungen zu Moskau zu entspannen, laufen der Politik der wenig stabilen EU-freundlichen Regierung offen zuwider. Korruption und schlechte Regierungsführung haben das Vertrauen der Öffentlichkeit in die politische Elite der Republik Moldau untergraben, was zu wiederkehrenden Wellen öffentlicher Proteste führte. Erst jüngst im Juni 2017 demonstrierten [Tausende](#) von Menschen sowohl für als auch gegen die vorgeschlagenen Änderungen des Wahlsystems einschließlich der Ausweitung der Befugnisse des Präsidenten, die von internationalen Marktteilnehmerorganisationen wie der [Venedig-Kommission](#) des Europarates kritisiert wurde.

Vorschlag der Kommission

Die Republik trat der Östlichen Partnerschaft mit der EU im Jahr 2009 bei. Das Assoziierungsabkommen EU-Moldau einschließlich der vertieften und umfassenden Freihandelszone wurde 2014 unterzeichnet und ist seit Juli 2016 in vollem Umfang [in Kraft](#). Mit einem Anteil von 63 % an den Ausfuhren der Republik Moldau ist die EU der wichtigste [Handelspartner](#) des Landes. Trotz der anhaltenden Instabilität wurden Fortschritte bei der Umsetzung der Reformagenda erzielt. Ende 2016 nahm die EU ihre [Haushaltsunterstützung](#) wieder auf, und der IWF billigte ein neues [Programm](#) im Umfang von 160 Millionen EUR. Am 19. April 2017 (zwei Wochen nachdem die EU und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung im Rahmen der vertieften und umfassenden Freihandelszone die erste [Kreditlinie](#) für kleine und mittlere Unternehmen in die Wege geleitet hatten) beschloss die Eurasische Wirtschaftsunion, der Republik Moldau [Beobachterstatus](#) zu gewähren, was ein [Kräftemessen](#) zwischen Igor Dodon und der EU-freundlichen Regierung des Landes darstellte.

Am 13. Januar 2017 schlug die Kommission ein [Programm](#) für eine Makrofinanzhilfe in Höhe von bis zu 100 Millionen EUR für die Republik Moldau vor. Am 15. Juni 2017 nahm der AStV ein am 6. Juni im Trilog zwischen der maltesischen Präsidentschaft und dem Europäischen Parlament erzieltes [Abkommen](#) an, mit dem 60 Millionen EUR in Form von Darlehen und 40 Millionen EUR in Form von Finanzhilfen bereitgestellt werden. Damit werden die Mittel des IWF und anderer multilateraler Institutionen, mit denen die wirtschaftliche Stabilisierung und die Strukturreformagenda der Republik Moldau unterstützt werden sollen, ergänzt.



Standpunkt des Europäischen Parlaments

Am 4. Mai 2017 nahm der Ausschuss für internationalen Handel (INTA) einen [Bericht](#) über den Vorschlag an. Über den im Juni vom INTA-Ausschuss gebilligten Kompromisstext soll auf der Plenartagung im Juli abgestimmt werden. Die Republik Moldau ist im Rahmen der Östlichen Partnerschaft ein vorrangiges Land für die Maßnahmen des Europäischen Parlaments zur Förderung der Demokratie und zum Aufbau parlamentarischer Kapazitäten. Im Laufe der Jahre hat das Europäische Parlament die Beziehungen zum Parlament der Republik Moldau durch den [Parlamentarischen Assoziationsausschuss](#) EU-Moldau und die Parlamentarische Versammlung [Euronest](#), deren Ko-Vorsitz derzeit Marian Lupu, Mitglied des moldauischen Parlaments, innehat, intensiviert. Während einer [Plenardebatte](#) im Mai 2017 äußerten sich einige MdEP besorgt angesichts des Mangels an Reformen, der schwierigen Lage der Medien und der Rechtsstaatlichkeit sowie der vorgeschlagenen Änderungen des Wahlrechts.

Bericht für die erste Lesung: [2017/0007\(COD\)](#)
federführender Ausschuss: INTA; Berichterstatter: Sorin Moişă (S&D, Rumänien).

